

II. 961 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
X. Gesetzgebungsperiode

30.12.1965

382/A.B.

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

zu 324/J

des Bundesministers für Inneres C z e t t e l
auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. van T o n g e l und Genossen,
betreffend Anfragebeantwortungen des Bundesministers für Inneres auf
Anfragen der Abgeordneten Dr. van Tongel und Dr. Broesigke.

-. - . -

Zu der von den Herren Abgeordneten Dr. van Tongel und Genossen in
der Sitzung des Nationalrates vom 25.10.1965 gestellten Anfrage, betreffend
Anfragebeantwortungen des Herrn Bundesministers für Inneres auf Anfragen
der Abgeordneten Dr. van Tongel und Dr. Broesigke, beehre ich mich
mitzuteilen:

1.) In der Beantwortung der Anfrage der Herren Abgeordneten
Dr. van Tongel und Genossen vom 30.6.1965 wurde bereits ausgeführt, dass die
Leitung des Vereines "Bundesverband der österreichischen Widerstandskämpfer"
über die Unzulässigkeit der Kundgebung vom 31.3.1965 in Kenntnis gesetzt
worden ist. Dies wurde vom Leiter der staatspolizeilichen Abteilung der
Bundespolizeidirektion Wien, Ministerialrat Dr. Peterlunger, dem Präsidenten
des Vereines, Generaldirektor der "Österreichischen Staatsdruckerei-Wiener
Zeitung", Dr. Franz Sobek, im Hinblick auf die Dringlichkeit telefonisch
mitgeteilt und von diesem zur Kenntnis genommen. Dabei wurde nicht nur auf
die verspätete Anmeldung, sondern vor allem auch darauf hingewiesen, dass
an diesem Tage eine Sitzung des Nationalrates stattfinde, die nicht vor den
späten Nachmittagsstunden beendet sein werde. Es ist daher auszuschliessen -
und dies haben die Erhebungen auch bestätigt -, dass die "Polizeidirektion
Wien" die Zusage gemacht hätte, die Demonstration könne am 31.3. ab 18.00 Uhr
stattfinden.

2.) Die Route des vom "Bundesverband der österreichischen Widerstands-
kämpfer" beabsichtigten Aufmarsches war der Bundespolizeidirektion Wien be-
reits aus der verspätet eingebrachten Anzeige bekannt. Es ist nämlich nicht
nur üblich, sondern auch Vorschrift, derartige Absichten der Behörde schon
in der Anzeige zur Kenntnis zu bringen. Demnach bedurfte es nicht erst
einer diesbezüglichen besonderen Vereinbarung der Demonstranten mit einem
Polizeioffizier.

382/A.B.
zu 324/J

- 2 -

3.) Nach den mir vorliegenden Polizeiberichten setzte sich der Demonstrationszug der Widerstandskämpfer kurz vor 18.00 Uhr in Bewegung, nachdem um 17.56 Uhr die Sitzung des Nationalrates beendet worden war.

Richtig ist, dass sich die Angehörigen der Widerstandsbewegung, aber auch die gegendemonstrierenden Studenten, die eine behördliche Anmeldung ihrer Kundgebung unterlassen hatten, schon vorher vor der Karlskirche bzw. vor der Technischen Hochschule gesammelt hatten, wo es zu den ersten Zusammenstößen gekommen war.

Was die neuerlich aufgeworfene Frage der Verantwortlichkeit der zuständigen Sicherheitsbehörden anbelangt, so vermag ich den prinzipiellen Erklärungen, die ich in der Beantwortung der Anfrage der Herren Abgeordneten Dr. van Tongel und Genossen vom 30.6.1965 zu der unzulässigen Kundgebung des Vereines der Widerstandskämpfer, aber auch zu der von Studenten veranstalteten wilden Gegendemonstration abgegeben habe, nichts hinzuzufügen.

-.--.-.